

Grundlage tun. Der gestrige Tag und die Qualität der Diskussion haben mich ermutigt. Dies gilt nicht nur für die Diskussion mit den Experten, sondern auch für die Diskussion mit der Bevölkerung, der ich für ihre ungeheure Sachlichkeit danken möchte. Ich habe gestern zur Bevölkerung gesagt, dass ich den ehrlichen Eindruck habe, dass alle, die sich hier versammelt haben – und es waren nicht wenige –, ihre Heimat und auch die Donau lieben. Bei unserer Entscheidung sollten wir auch die Emotionen der Bevölkerung ausreichend berücksichtigen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwan-ger (FREIE WÄHLER): Das gilt auch für Atta-ching!)

Mit diesem Doppelhaushalt und unserer Politik der letzten Jahre haben wir alle Ankündigungen in meiner Regierungserklärung vom 10. Dezember 2008 und des Koalitionsvertrages umgesetzt. Diese Regierungskoalition hat die lebenswerte Gesellschaft in Bayern mit einem klaren Wertekompass gesichert und vorangebracht. Gerade wo es um Bleibendes geht, haben wir Maßstäbe für Verlässlichkeit und Beständigkeit gesetzt: Familie, Bildung, Generationen-gerechtigkeit und Kultur. Kein anderes Land hat in den letzten vier Jahren eine solch verlässliche, beständige und wertgebundene Zukunftsvorsorge für die Men-schen geschaffen wie wir im Freistaat Bayern.

Der Doppelhaushalt 2013/2014 steht einerseits für Generationengerechtigkeit und andererseits für Zu-kunfts-kraft. Ich bitte das Hohe Haus um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf, über den heute und in den nächsten Tagen verhandelt wird. Ich bitte Sie, stimmen Sie diesem Haushalt zu, damit Bayern zu einem Land der unbegrenzten Möglichkeiten wird.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. Als nächstem Redner erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Markus Rinderspacher, das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst vor wenigen Tagen hat der frühere CSU-Staats-sekretär Dr. Bernd Weiß öffentlich eine legitime Frage gestellt – fast schon pünktlich zur Regierungserklärung –, die sich auch heute wieder stellt: "Ich frage mich", so Bernd Weiß in der "tz", "was hat die CSU in-haltlich die letzten vier Jahre auf den Weg gebracht?" Der ehemalige Staatssekretär – 25 Jahre Mitglied in der CSU, Ortsvorsitzender, Kreisverbandsvorsitzen-

der – hat diese Frage weitgehend beantwortet: "Viel ist das nicht."

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident konnte dieses Urteil aus den eigenen Reihen gewiss nicht widerlegen. Im Gegenteil, er hat es bestätigt. Stattdessen sonnt sich der Ministerpräsident heute wie ein von sich selbst beseelter Monarch darin, dass die Menschen in Bayern ihre Heimat lieben, die Berge und Seen, die Schlösser und Denkmäler, unsere Kunst und Kultur. Sie schätzen unsere Produktkö-niginnen und sie lieben die bayerischen Dialekte, das Brauchtum, die Festungen und die Musik. Sie lieben den FC Bayern, den FCA, die Kleeblätter aus Fürth und die Clubberer.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Den FC Ingol-stadt!)

- Meinetswegen auch den FC Ingolstadt, Herr Minister-präsident.

(Tobias Thalhammer (FDP): Die Spielvereinigung Unterhaching!)

Herr Ministerpräsident, bei allem Respekt: Sie mögen ein stattlicher und auch attraktiver Mann sein, aber Sie haben nicht die bayerischen Alpen aufgeschüttet. Sie haben nicht die bayerischen Seen eigenständig ausgehoben. Sie haben nicht den FC Bayern zum Re-kordmeister gemacht. Sie haben nicht den FCA und die Fürther zum Aufstieg in die Bundesliga geführt. Das Wittelsbacher Kulturerbe haben Sie wie wir alle geschenkt bekommen.

(Beifall bei der SPD - Tobias Thalhammer (FDP): Die SPD hat 1860 München auch nicht wieder in die erste Liga gebracht!)

Nach dieser Regierungserklärung muss man fast den Eindruck gewinnen: Je banaler die Botschaften der Staatsregierung, desto pathetischer werden die Ge-bärden und desto einfallsreicher wird die Selbstreklame. Je kurzatmiger das politische Hinterherhecheln nach Stimmungen und Strömungen, desto größer die Gesten. Je kleinteiliger das politische Lavieren, desto großspuriger der Auftritt. Auch das haben wir heute wieder erlebt.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Ministerpräsident hat den bayerischen Staats-haushalt heute als Grabbeltisch beschrieben und sich selbst als Kaufhausdirektor. Das war der Schlussver-kauf von Horst Seehofer. Die schwarz-gelbe Saison geht zu Ende. Jetzt gibt es noch ein bisschen was für

alle und einen Schluck Freibier obendrauf. Das ist es, was der Ministerpräsident heute mit diesem Staatshaushalt zum Ausdruck gebracht hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war ein durcheinandergewürfeltes Themensortiment aus einem Gemischtwarenkatalog, vermarktet mit selbstherrlichem Werbegesäusel. Eigentlich hätten wir heute vom Ministerpräsidenten klare politische Zielsetzungen mit klaren politischen Prioritäten erwartet. Eine solche Erklärung ist uns der Ministerpräsident jedoch schuldig geblieben.

(Beifall bei der SPD)

Einmal mehr ist deutlich geworden: Diese Regierung steht für alles, und sie steht zugleich für nichts. Ihre Beschlüsse haben keine lange Halbwertszeit. Was heute noch stürmisch begrüßt wird, wird morgen schon verneint. Kann man bei diesem Ministerpräsidenten und bei dieser Regierung wirklich sicher sein, dass ein klares Ja zu einer politischen Position nicht morgen schon ein ebenso kraftvolles Nein wird?

(Thomas Hacker (FDP): Dafür gibt es die FDP!)

Wohl selten zuvor in der Geschichte Bayerns hat es eine Regierung gegeben, die so wenig einen Anspruch an sich selbst erhoben hat, Leitlinien für das eigene Handeln zu zeichnen und Orientierung zu geben. Die Regierungszeit von Horst Seehofer ist von solchen Ansprüchen weit entfernt. Sie wird als Zeit der permanenten Wendemanöver in Erinnerung bleiben mit einer Politik, die sich von Umfragen leiten lässt und sich an den Schlagzeilen der Tageszeitungen orientiert.

Ich zitiere nochmals Bernd Weiß, Staatssekretär im Seehofer-Kabinett.

(Tobias Thalhammer (FDP): Instrumentalisieren Sie doch nicht den Herrn Dr. Weiß!)

Er ist seit einem Vierteljahrhundert CSU-Mitglied und stellvertretender Bezirksvorsitzender:

Statt zu regieren, drehen wir uns seither nach dem Wind, rufen ins Volk: "Sagt ihr uns halt, was wir denken sollen, damit ihr uns wieder wählt" und garnieren das Ganze mit Begriffen wie "Mitmach-Partei". Sobald wir Stimmungen im Volk gegen uns spüren, schwenken wir um.

Dr. Weiß führt weiter aus:

Das Lavieren wird regelrecht zur Kunstform erhoben. Man meint inzwischen, es geht gar nicht

mehr darum, Mehrheiten für irgendetwas Inhaltliches zu gewinnen. Die Mehrheit für die CSU ist für sich genommen Grund genug für Politik.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat heute mit großem Gestus von einem Wertekompass gesprochen, von Verlässlichkeit und Beständigkeit. Das glaubt ihm noch nicht einmal mehr der Abgeordnete in den eigenen Reihen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch ein Fakt!

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich fällt es mittlerweile schwer, Themen zu identifizieren, bei denen der Ministerpräsident Kurs und Wort gehalten hätte. Er ist mit seinen politischen Verrenkungen mittlerweile bundesweit berühmt. Die beliebteste politische Turnübung des Ministerpräsidenten ist der Seehofer-Salto. Unter Experten gilt er mittlerweile als besonders schwindelerregende akrobatische Meisterleistung und Drehbewegung; denn sie entspricht nicht den physikalischen Gesetzmäßigkeiten. Das ist ein Salto, dessen Bewegungsablauf sowohl nach vorne als auch nach hinten, seitwärts, nach links und rechts und auch diagonal geht. Das ist eine Halsbrecherische Übung, und die CSU hat mittlerweile dabei eine bestimmte Routine.

Hier nenne ich einige Beispiele, Pflicht und Kür, bunt gemischt, ohne Chronologie und Vollständigkeit, das heißt, auch ohne Bewertung von technischen Haltingsfehlern. Ich nenne die Top Zwölf der spektakulärsten Salti mortali des CSU-Chefs und Ministerpräsidenten Horst Seehofer, also desjenigen, der heute hier ernsthaft behaupten wollte, er habe alles umgesetzt und habe immer Wort gehalten.

Salto eins, mehr Netto vom Brutto: Versprochen haben Horst Seehofer und Schwarz-Gelb den Menschen im Land mehr Netto vom Brutto für alle.

(Thomas Hacker (FDP): Rentenversicherungsbeiträge werden zum 1. Januar gesenkt!)

Heraus kamen Zusatzbelastungen für die Mehrheit, unter anderem durch die Kopfpauschale.

(Zurufe von der CSU und der FDP)

Im Jahr 2011 - liebe FDP, da dürfen Sie auch gerne zuhören - musste die arbeitende Bevölkerung so viele Abgaben an Staat und Sozialkassen zahlen wie nie zuvor. Insgesamt zahlte ein Durchschnittsverdiener im vergangenen Jahr an Staat und Sozialkassen

9.943 Euro, damit knapp 600 Euro mehr als im Vorjahr. Das war der stärkste Anstieg seit 1995.

(Thomas Hacker (FDP): Weil die Gehälter steigen! - Zurufe von der CSU)

Dafür gab es einige sündhaft teure Steuergeschenke für die Hotellerie

(Zurufe von der FDP)

- da darf die FDP gerne wieder laut werden -, für schwerreiche Erben und für gewinnstarke Finanzinstitute. Mehr Netto vom Brutto - das war nach der Wahl so schnell vergessen, wie es vor der Wahl hastig und konzeptlos propagiert wurde. Der Netto-Purzelbaum: eine CSU-Wahlflüge par excellence.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Was soll das? - Weitere Zurufe von der CSU und der FDP)

- Es kommen noch elf Beispiele; ich kann es Ihnen nicht ersparen.

Beispiel zwei, die Atomkraft: Noch im Februar 2011 verlautbarte Horst Seehofer: Solange die Kernkraftwerke unsere hohen Sicherheitsstandards erfüllen und solange sie für unseren Energiemix unverzichtbar sind, werden wir sie am Netz lassen. Horst Seehofer hat als treibende Kraft dafür geworben, die Laufzeiten der Atomkraftwerke nicht, wie von Herrn Röttgen vorgeschlagen, um 8, 10 oder 12 Jahre zu verlängern, sondern sie unbegrenzt zu lassen. Er hatte damit die Maximalposition der Atomlobbyisten eingenommen, ohne irgendeine Kompromissbereitschaft zu zeigen. Die rot-grüne Energiewende sei ein Irrweg; das Licht werde ausgehen; mit Rot-Grün müssten die Menschen frieren; der Industriestandort Deutschland sei dem Untergang geweiht, intonierte der Ministerpräsident.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Gänzlich ungeniert übernahm er dann über Nacht all jene Argumente von Rot-Grün, die er selbst jahrzehntelang bekämpft hatte. Meine Damen und Herren, kein Wunder, dass wir mit dieser CSU bei der Energiewende noch nicht viel weiter sind. Seehofers Atomkraftüberschlag fand bisher noch keine Landung auf dem Boden einer echten Energiewende.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel drei, gleich im Kontext, das Bayernwerk: Im Mai dieses Jahres stellte Herr Seehofer medienwirksam die Rückkehr zu einem eigenen staatlichen Energieversorger in Aussicht. Wenn die Berliner Koalition

nicht zu schnellen Lösungen komme, dann gründen wir ein Bayernwerk, sagte der CSU-Chef. Er bestätigte auch einer großen Tageszeitung, es würde eine Rückkehr zur Stromwirtschaft bedeuten, wie sie vor der Privatisierungspolitik von Stoiber Bestand hatte. Zwei Tage später - es dauerte gerade einmal 48 Stunden - kam die Korrektur per CSU-Pressemitteilung: Seehofers Vorschlag - Herr Strepp war damals noch im Amt - habe mit dem Bayernwerk alter Art nichts zu tun, das sei ein Missverständnis gewesen; der Freistaat solle nicht als Unternehmer tätig werden; vielmehr gehe es darum, die ganzen Player in einem modernen Bayernwerk zusammenzufassen; bis zum Herbst solle über die Gründung entschieden werden. Entschieden ist, wie wir wissen, bis heute gar nichts, allenfalls das Gegenteil ist der Fall. Seehofers Bayernwerk war zwar nur einer der üblichen Knallfrösche, aber das reichte immerhin für eine halbe Seite in einer großen Tageszeitung. Das eigentliche Ziel war erreicht, nämlich politische Dominanz durch schiere Medienpräsenz vorzutauschen.

Beispiel vier, die Wehrpflicht: Noch wenige Tage vor der spektakulären Ankündigung von Verteidigungsminister zu Guttenberg, einen Parteitagbeschluss der SPD aus einigen Jahren vorher umzusetzen - Aussetzung der Wehrpflicht aus Gerechtigkeitsgründen -, machte Herr Seehofer Front gegen alle Kritiker. Am 7. Juni 2010 hieß es: Wir sagen Ja zur Wehrpflicht; wir können nicht alle paar Monate unsere politischen Entscheidungen ändern.

(Lachen bei der SPD)

Sie können das nicht alle paar Monate, aber alle paar Tage.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Immerhin!)

Die Wehrpflicht sei ein Markenkern der CSU. Es dauerte tatsächlich nicht lange, bis die CSU markenentkernt von der Wehrpflicht Abschied nahm. Wenn es einen Grundsatz gibt, den Horst Seehofer befolgt, dann den, dass es im Grundsatz keinen Grundsatz gibt, wonach Grundsätze nicht grundsätzlich auch schon ins grundsätzliche Gegenteil zu verkehren wären: die Bundeswehr-Riesenfelge mit eingebauter CSU-Markenentkernung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Beispiel fünf:

(Zuruf von der CSU: Wie viele kommen denn noch?)

- Noch sieben, dann werde ich aufhören müssen, weil irgendwann meine Redezeit begrenzt wird.

(Thomas Hacker (FDP): Sind auch welche zum Landeshaushalt dabei?)

- Das Beispiel fünf, Länderfinanzausgleich.

(Thomas Hacker (FDP): Das ist okay, endlich!)

- Das gefällt Ihnen, Herr Hacker? – Dann darf ich das gerne ausführen.

(Georg Schmid (CSU): Das ist ein gutes Beispiel!)

Es war im Sommer 2001, als im Deutschen Bundestag der Bundestagsabgeordnete Horst Seehofer und seine Kollegen Gerda Hasselfeldt, Ramsauer, Aigner sowie die gesamte CSU-Landesgruppe den Länderfinanzausgleich mit ihrer Stimme in Gesetzesform gegossen haben. Der damalige CSU-Vorsitzende Stoiber hatte diesen Länderfinanzausgleich federführend ausgehandelt und ihn in einer eigens anberaumten Regierungserklärung im Landtag mit genauso großem Gestus wie Herr Seehofer heute als wegweisend für den Föderalismus und als gut für Bayern gefeiert.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Was damals die CSU selbst auf den Weg gebracht hat, wird heute als nicht verfassungskonform und als bayernfeindlich beschrieben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Eines ist klar: Bayern zahlt mit 3,7 Milliarden Euro deutlich zu viel in den Länderfinanzausgleich. Die CSU hat zum Nachteil der bayerischen Steuerzahler schlecht verhandelt. Die CSU hat eben nicht den Patriotismustest bestanden, sondern sie ist krachend durchgefallen.

(Beifall bei der SPD)

Die heutige Kehrtwende, die Klage gegen sich selbst, zeigt besonders eindrucksvoll das Versagen beim Aushandeln des Länderfinanzausgleichs, und das wird auch noch mit eindrucksvollen Zahlen untermauert. Die CSU bestätigt mit ihrem Protest gegen ihre eigene Politik schwarz auf weiß: Sie hat damals entgegen den Warnungen der Landtags-SPD die Interessen der bayerischen Steuerzahler auf dem Altar von Stoibers Kanzlerkandidatur geopfert, oder sie hat sich, wie bei der Landesbank und der Landesstiftung, schlicht als unfähig erwiesen, solide und weit-sichtig mit bayerischem Volksvermögen umzugehen, meine Damen und Herren.

Herr Ministerpräsident, eines darf ich auch noch sagen. Sie sagen, all jene, die sich der Klage nicht anschließen wollen, seien nicht patriotisch. Lesen Sie doch bitte mal die Studie, die das Land Baden-Württemberg in Auftrag gegeben hat. Professor Häde, übrigens jemand, der der Bundesregierung als Gutachter gut bekannt ist, sagt, die Klage könnte für Bayern total nach hinten losgehen; denn wenn die kommunalen Haushalte einbezogen werden – gegenwärtig werden sie das zu 64 % -, dann könnte Bayern am Ende nicht weniger in den Finanzausgleich einbezahlen, sondern mehr. Das wollen wir in jedem Fall verhindern, und ich denke, zumindest darin sind wir uns einig.

Beispiel sechs, Bayerns Beamte und der öffentliche Dienst: Wohl in keinem anderen Bereich gibt es so regelmäßige Leibesübungen in so kurzer Zeit. Pünktlich zum Wahltermin wird aus der 42-Stunden-Woche, wie sie einmal von der CSU beschlossen wurde, die 40-Stunden-Woche. In Bayern gab es im Jahr 2011 eine Nullrunde, in einem Jahr, in dem in 14 anderen Bundesländern die Bezüge angepasst worden waren. Ausgerechnet jetzt, im Wahljahr 2013, gibt es wie in allen anderen Wahljahren zuvor für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst so viele Beförderungen wie in all den Jahren zuvor niemals. Erst groß neue Stellen ankündigen, dann eine zwölfmonatige Wiederbesetzungssperre; erst das neue Dienstrecht mit großem Tamtam verabschieden, dann das zentrale Element dieser Dienstrechtsreform, die Vergabe von Leistungsbezügen, aussetzen; erst Wegstreckenentschädigung anpassen, kurz danach wieder kassieren. Dieser CSU-Dauerkreislauf ist für die bayerischen Beamten eine Zumutung. Verlässlichkeit und Kontinuität sehen anders aus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel sieben, der Donauausbau: 30 Jahre lang hatte die CSU die Donauausbaugesegner als naturromantische Wirklichkeitsverweigerer beschimpft. Herr Seehofer hatte sich wiederholt mit großer Entschlossenheit für die Staustufenvariante C 280 ausgesprochen. In der "Mittelbayerischen Zeitung" vom 3. November 2009 steht – ich zitiere wörtlich:

Ich bin dezidiert für den Donauausbau in der Variante C 280, der Lösung mit der Staustufe.

Herr Seehofer sagte damals mit großer Geste, er stehe ohne Wenn und Aber hinter der CSU-Linie, einen schleichenden Abschied von den Ausbauplänen werde es mit ihm nicht geben. Das hatte er damals die bayerische Öffentlichkeit wissen lassen. Herr Ministerpräsident, davon, dass die vielen Schutz- und Auwaldgebiete an der frei fließenden Donau vielen

Zugvogelarten als Ruheplätze für die jährlichen Wanderungen im Frühjahr und im Herbst dienen, konnten Sie sich gestern persönlich überzeugen. Wir fordern Sie deshalb heute auf, den Bundestagsbeschluss zum sanften und stufenfreien Donausausbau mit flussbaulichen und naturverträglichen Maßnahmen aus dem Jahr 2002 zum Wohle Bayerns nicht weiter zu blockieren.

(Beifall bei der SPD)

Es wird an dieser Stelle Zeit für einen weiteren Seehofer-Salto. Nehmen Sie Anlauf, holen Sie Schwung; SPD, GRÜNE und FREIE WÄHLER sind Ihnen gerne beim Überschlag behilflich.

Beispiel acht, die Studiengebühren:

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind drei Beispiele in einem!)

Im Grundsatzprogramm der CSU ist auf Seite 94 ein klares strategisches Bekenntnis zu dauerhaften Studienbeiträgen, unabhängig von der Entwicklung des Staatshaushalts, festgeschrieben. Eine solche Leibesübung, das Grundsatzprogramm zu ändern, bedarf normalerweise – wir wissen es alle – ganz besonderer Anstrengungen. Nicht so ist es bei Herrn Seehofer und der CSU. Die CSU-Fraktion wirft das eigene Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2007, das eigentlich ein Vierteljahrhundert halten sollte, mir nichts, dir nichts über den Haufen, aber nicht etwa unter Beteiligung der Mitglieder – die Mitmachpartei! – und auch nicht aufgrund eines Parteitagbeschlusses, sondern nur deswegen, weil der Vorsitzende gerade einmal ein Machtwort gesprochen hat. Auch da zitiere ich gerne wieder Bernd Weiß, langjähriges CSU-Mitglied und Staatssekretär a. D. --

(Georg Schmid (CSU): Sonst fällt euch keiner ein! - Thomas Hacker (FDP): Zitieren Sie doch einmal Landrat Adam!)

Es ist einfach so schön, und ich freue mich über die Zwischenrufe, weil ich merke, dass ich bei Ihnen Emotionen auslöse, das muss in einer Debatte auch so sein. Ich zitiere:

Bei Seehofer gibt es gar keine Linie. Heute so, morgen so. Das ist wie ein schwerfälliger Sattelzug, wo einer vorne am Führerbock das Lenkrad hin- und herreißt und der Anhänger hinten ausbricht, herumschlingert, sich aufschaukelt.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Aber fahren kann er trotzdem! - Thomas Hacker (FDP): Hauptsache, es geht nach vorne!)

Der Ministerpräsident beteuert in den Medien mit Blick auf die Studiengebühren, es gehe ihm um das soziale Bayern, was nichts anderes heißt, als dass die CSU in den letzten Jahren eine unsoziale Politik zulasten vieler junger Talente in Bayern gemacht hat. Die CSU hat viele Studierwillige und Studierfähige auf der Strecke gelassen. Die CSU hat viele junge Menschen im Stich gelassen, die gerne studiert hätten, denen aber die Kostenbarriere, die die CSU aufgebaut hatte, schlichtweg zu hoch war. Noch weiß in Bayern an den Hochschulen niemand, ob man dem Ganzen trauen kann.

(Thomas Hacker (FDP): Ein Drittel ist befreit!)

Egal, ob Hochschulstudent oder Hochschulprofessor, es gibt niemand an den Hochschulen, der über das schwarz-gelbe Chaos derzeit nicht den Kopf schüttelt. Wir wissen nicht, wohin der Zug rollt. Eines ist klar: Wie auch immer das Volksbegehren ausgeht, eine SPD-geführte Bayerische Staatsregierung mit Christian Ude wird innerhalb der ersten hundert Tage die schwarz-gelbe Uni-Maut abschaffen und die Kosten aus dem Staatshaushalt vollständig kompensieren.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Das wird frühestens 2092 der Fall sein! Warten wir einmal!)

Beispiel neun. Herr Hacker, hören Sie zu, es betrifft indirekt auch die FDP.

(Thomas Hacker (FDP): Zur Landespolitik!)

Das betrifft in erheblichem Maße auch das Land Bayern. Ich meine den Euro und die Europapolitik. Hier macht die CSU mit Dobrindt und Söder auf der einen Seite, die Griechenland aus der Eurozone heraushaben wollen, und Hasselfeldt und Ferber auf der anderen Seite, die Griechenland retten wollen, einen schmerzhaften Dauerspagnet. Politisch formuliert heißt das: Die CSU ist richtungslos und nicht handlungsfähig. Peter Gauweiler bezeichnete die roten Linien von Herrn Seehofer als Wanderdüne, aber Herr Seehofer weigert sich, im Bayerischen Landtag Rechenschaft abzulegen. Trotz wiederholter Aufforderung ist er nicht bereit, eine Regierungserklärung zur bayerischen Europapolitik abzugeben. Er bleibt die Erklärung schuldig, ob er sich die Einlassungen seines Finanzministers zu eigen macht, an den Griechen sei ein Exempel zu statuieren. Herr Ministerpräsident, es würde uns interessieren, ob Sie sich dafür gestern bei Herrn Samaras entschuldigt haben und ob dies auch ein Thema war.

Die Folgen für das exportorientierte Bayern sollte der Ministerpräsident mit Blick auf die konjunkturelle Entwicklung und die Arbeitslosigkeit ebenso darstellen

wie den Ansteckungseffekt für andere Euroländer. Der Ministerpräsident ist eigentlich in der Pflicht, die unmittelbaren Kosten für deutsche und bayerische Steuerzahler vollumfänglich zu beziffern, die mit einem Austritt Griechenlands aus der Eurozone verbunden wären, wie es aus seinen eigenen Reihen immer wieder gefordert wird. Noch nicht einmal seine eigene Europaministerin kann ihn bei dieser Debatte noch vertreten, denn Emilia Müller wurde von den eigenen Leuten in der Oberpfalz dermaßen abgestraft, dass sie allenfalls noch eine Ministerin auf Abruf ist.

Beispiel zehn, die zweite Stammstrecke: Fünfzehn Jahre lang war klar, dass Bund und Freistaat in der Finanzierungsverantwortung stehen. Im engen zeitlichen Zusammenhang mit der Spitzenkandidatur von Christian Ude kam acht Wochen nach deren Ankündigung in der Staatskanzlei ganz plötzlich die Idee auf, die Münchner Bürgerschaft solle entgegen allen gesetzlichen Regelungen für die klammen Finanzen von Schwarz-Gelb im Bund und im Land bezahlen müssen. Der Ministerpräsident hatte zulasten der Pendler die zweite Tunnelröhre bereits im Frühjahr dieses Jahres im Alleingang per öffentliche Verlautbarung gegenüber den Medien beerdigt und für tot erklärt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ein Begräbnis erster Klasse war das!)

Wir haben es auch den CSU-Abgeordneten hier im Hohen Haus zu verdanken – Herr Bocklet, vielen Dank dafür –, dass dem Ministerpräsidenten das Heft des Handelns aus der Hand genommen wurde. Dafür war es höchste Zeit, denn Seehofers Spielereien mit diesem großen Projekt waren absolut unverantwortlich. Deshalb haben wir heute nicht wegen, sondern trotz dieses Ministerpräsidenten eine Perspektive, das Projekt der zweiten Stammstrecke in München endlich zu verwirklichen.

(Beifall bei der SPD)

Beispiel elf, das Amerika-Haus: Zwei Jahre lang hatte die Staatsregierung die Kulturinstitution in München aus allen Rohren beschossen. Jetzt schlägt der Ministerpräsident überraschend seinen Purzelbaum. Das Ergebnis: Gleich drei Institutionen sind beschädigt, das Amerika-Haus, die Acatech und die Staatliche Lotterieverwaltung. Kein Problem ist gelöst, sondern ein Chaos sondergleichen ist ausgelöst.

Beispiel zwölf – und damit komme ich zum eigentlichen Thema, nämlich zum Haushalt und zu Bayerns Staatsverschuldung. Auch hier waren die Positionen von Horst Seehofer vielfältigst, Herr Schmid. Zunächst lieferte er sich mit dem Bayerischen Obersten Rechnungshof ein Rededuell über die Medien und sagte, es sei nicht hinnehmbar, dass der ORH eine

höhere Entschuldung einfordere. Er als Ministerpräsident lasse sich nicht dreinreden, so der Tenor, wann, ob und wie seine Regierung Schulden auf- oder abbaue. Kurze Zeit später kam auch zur Überraschung seiner eigenen Fraktion der erste rhetorische Salto vorwärts. Bayern solle, möge oder dürfe sich bis 2030 entschulden. Herr Seehofer ist dann 81 Jahre alt. Ein Entschuldungsgesetz mit festgelegten Tilgungsraten müsse erlassen werden. Ein solches Gesetz werde Finanzminister Söder noch im Herbst 2012 im Bayerischen Landtag vorlegen. Sogleich folgt der kalkulierte Salto rückwärts. Die Überschrift ist gesetzt, das Mediengetöse ist gelungen, und damit ist die Regierungsarbeit schon getan. Das Entschuldungsgesetz kommt natürlich nicht.

(Thomas Hacker (FDP): Wir werden es am Donnerstag beschließen!)

Der angebliche Plan ist im Kern genauso schnell wieder verworfen, wie er entworfen wurde. Er ist also hinfällig.

Schauen wir uns den aktuellen Haushalt an. Die tatsächlichen Tilgungen, die nun im Doppelhaushalt vorgenommen werden, sind bei Weitem nicht mehr so üppig, wie es bei der Klausurtagung der CSU großspurig angekündigt wurde. Wie es vonstatten geht, ist auch bemerkenswert: Die Versorgungsrücklage und der Versorgungsfonds werden abgeschafft. Der bayerische Pensionsfonds wird eingeführt. In den werden jährlich aber nur noch 100 Millionen eingezahlt. Das ist etwa so, wie wenn man zwei große Festgeldkonten mit Zuwachssparen abschafft und sie durch ein klitzekleines Sparschwein ersetzt, das man auch noch zu jeder Zeit mit dem Hammer zertrümmern kann. Bis Ende 2014 beträgt die Minderzuführung gegenüber der alten Rechtslage mindestens eine Milliarde Euro.

(Zuruf von der SPD: Trickserei!)

Das ist die Milliarde. Hemmungslos bedienen Sie sich an Opa Edmunds Sparschwein. Künftige Generationen werden diese Politik zu bezahlen haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der Ministerpräsident heute von Zukunftsvorsorge und Generationengerechtigkeit spricht, ist das vor dem Hintergrund der nackten Fakten geradezu zynisch. Diese Regierung plündert die Rücklagen in einem Ausmaß, dass es einem geradezu die Sprache verschlägt. Wir Sozialdemokraten hatten im Übrigen auch einen kommunalen Entschuldungsfonds gefordert. Die Kommunen werden bei der Schuldentilgung aber nicht mitgenommen, obwohl sie innerhalb der staatlichen Organisation Teil der Länder sind. Wenn

der kommunale Schuldenanteil 28,9 % beträgt, wäre es nur recht und billig, kommunale Schulden in eben dieser Höhe zu tilgen. Dem haben Sie sich jedoch verweigert.

(Beifall bei der SPD)

Ungeachtet der Seehoferschen Überschriftenproduktionen bleiben die harten Fakten. Richtig ist: Dieser Ministerpräsident steht für Schuldenaufbau, nicht für Schuldenabbau.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Keine andere Staatsregierung in der Geschichte des Freistaats Bayern seit 1945, Herr Kollege Schmid, hat in so kurzer Zeit so hohe Schulden aufnehmen müssen wie die Regierung von Horst Seehofer. Durch das Versagen der CSU bei der Landesbankaufsicht ist die Verschuldung des Freistaats um sage und schreibe 44 % gestiegen.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist: Insgesamt mussten 10 Milliarden Euro an neuen Kreditmarktschulden aufgenommen werden, um einen Zusammenbruch der BayernLB zu verhindern. 833 Euro an neuen Verbindlichkeiten bedeutete das für jeden Bayern, pro Kopf und auf einen Schlag, vom Kleinkind bis zum Senior. Allein im Jahr 2009 hat Bayern 8,5 Milliarden Euro an neuen Schulden aufnehmen müssen. Allein in diesem Jahr hat Bayern ein Drittel der Schulden aller Bundesländer in der Bundesrepublik aufgenommen. Das ist ein Schuldenrekord, den weder Franz Josef Strauß noch Edmund Stoiber erreicht haben. Damit kam es rein rechnerisch in jedem Haushaltsjahr von 2006 bis 2012 zu einer Neuverschuldung von mehr als 1,2 Milliarden Euro, selbst wenn die jüngsten Tilgungen eingerechnet werden.

Richtig ist also auch: Alleine an Zinsen fallen für das Landesbank-Desaster jeden Tag knapp eine Million Euro an. Die CSU-Schuldenuhr zeigt heute unter Berücksichtigung der angefallenen Zinsen 1,057 Milliarden Euro an.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie läuft weiter!)

- Die Schuldenuhr läuft weiter. Sie tickt Minute für Minute, Sekunde für Sekunde.

(Thomas Hacker (FDP): 2012 1 Milliarde, 2013 520 Millionen, 2014 540 Millionen!)

Und damit ist es nicht genug. Die Staatsregierung hat entgegen ihrer selbstgefälligen Darstellungen keinen Tilgungsplan für die Landesbankschulden. Das Ge-

genteil ist der Fall. Der Oberste Rechnungshof hat in seinem Bericht deutlich gemacht: Es gibt erhebliche Milliardenrisiken für den Steuerzahler durch den massenhaften Ausfall von Schrottpapieren. Das Ende der Fahnenstange ist im Fall der Landesbank noch nicht erreicht. Ab 2014 wird der Steuerzahler über die Bürgschaften und Garantien mit 1,6 Milliarden Euro erneut in Anspruch genommen.

Heute erreicht uns eine weitere Meldung. Sie ist vor wenigen Minuten über den Ticker gelaufen. Das Drama um die Hypo Group Alpe Adria könnte in eine neue Runde gehen. Die Republik Österreich will den Kauf der Skandalbank möglicherweise rückgängig machen. Das berichtet die dpa. Die Finanzprokuratorin habe eine entsprechende Klage gegen die BayernLB auf Rückabwicklung des Kaufs wegen Irrtums oder arglistiger Täuschung vorbereitet. Wer will da ernsthaft davon sprechen, dass alle Landesbankprobleme mittlerweile gelöst seien, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Die CSU-Verwaltungsräte haben von all dem nichts gemerkt!)

Die Landesbank bringt uns nicht etwa in absehbarer Zeit Erlöse, sondern sie verursacht weitere Kosten. Sie steht für die Steuerzahler nicht auf der Haben-, sondern auf der Sollseite. Meine Damen und Herren, es gäbe wohl noch eine Reihe von Beispielen für Seehofersche Kehrtwenden, aber ich wollte bei einem Dutzend aufhören, obwohl mir noch mindestens ein weiteres Dutzend eingefallen wäre.

Atemberaubend ist es allerdings, wenn dieser Ministerpräsident heute im Hohen Hause verkündet, er habe in jedem Punkt Wort gehalten. Wer so oft seine Prinzipien verändert, sollte nicht über moralische Maßstäbe oder über eine wertgebundene Politik sprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Gestatten Sie mir in der letzten Viertelstunde eine kurze Bemerkung dazu, welche Themen der Ministerpräsident heute nur angerissen oder gänzlich ausgespart hat. Ich finde es gänzlich unzureichend, Herr Ministerpräsident, dass Sie den demografischen Wandel mit schönen Worten weggewischt haben: Bayern sei eines der großartigsten und wirtschaftlich erfolgreichsten Länder der Welt. Natürlich sind wir wirtschaftlich erfolgreich. Wer wollte das infrage stellen?

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Aber die Zahlen des Innenministers aus der vergangenen Woche beschreiben Bayern als Land der Ge-

gensätze. Das, was Sie als wohlhabendste Region der Welt beschrieben haben, wird ganz differenziert dargestellt durch das, was der Innenminister letzte Woche in einer Pressekonferenz dekretiert hat. Es gibt nämlich auch eine Kehrseite der Medaille, die Sie heute nicht beleuchtet haben: Ein dramatischer Bevölkerungsschwund in manchen Landstrichen steht einem immensen Wachstum von Einwohnerzahlen an anderer Stelle gegenüber. Das bedeutet: Schulsterben versus notwendigen Schulneubau, leer stehende Kindergärten versus zu wenig Infrastruktur für die Kinderbetreuung, Wohnungsleerstand versus Mietenexplosion. Der Freistaat befindet sich ganz gewiss nicht im Gleichgewicht. Die Staatsregierung hat regionale Strukturpolitik jahrzehntelang vernachlässigt und damit die Entwicklung der regionalen Ungleichheiten beschleunigt statt gebremst. Bayerns CSU-Zentralstaat hat Leuchtturmpolitik betrieben und das Ziel gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen aus den Augen verloren. Dabei hat die CSU so ein schlechtes Gewissen, dass jetzt sogar die Verfassung geändert werden muss – wir unterstützen dies und hatten dies gefordert –, damit die Unzulänglichkeiten der letzten Jahre nicht allzu deutlich werden.

(Thomas Hacker (FDP): Wird das jetzt kritisiert oder gelobt? - Alexander König (CSU): Das ist von den Realitäten Lichtjahre entfernt!)

Meine Damen und Herren, soziale Gerechtigkeit und ökonomischer Fortschritt haben auch eine räumliche Dimension. Als SPD haben wir deshalb auch in dieser Legislaturperiode eine Reihe von Vorschlägen für ein Land im Gleichgewicht eingebracht. Eine zielgerichtete Strukturpolitik für junge Menschen und Familien als Antwort auf das deutliche Geburtendefizit außerhalb der Ballungsräume setzt zum Beispiel auf eine bessere Finanzausstattung der bayerischen Kommunen durch die Staatsregierung. Aus unserer Sicht bedarf es einer deutlichen Erhöhung des Anteils der Kommunen am allgemeinen Steuerverbund durch eine schrittweise Anhebung der Verbundquote auf 15 %. Es bedarf einer gezielten regionalen Wirtschaftsförderung und guter Arbeit für die Menschen statt einseitiger Förderung von Leuchttürmen und Prestigeprojekten der Staatsregierung. Es bedarf der Städtebauförderung und der Dorferneuerung, nicht der Kürzung entsprechender Programme durch Bundesbauminister Ramsauer, CSU.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin: Die SPD hat bei der bayerischen Städtebauförderung den Bewilligungsrahmen um jeweils 19 Millionen Euro erhöhen wollen. Beschlossen wurde

ein Betrag von 10 Millionen Euro. Das ist gut für die Kommunen und gut für die Bürger.

Ein weiteres Thema hat der Ministerpräsident nur gestreift: die Kinderbetreuungssituation in Bayern. Er hat sie schönegeredet. Bayern hinkt hier im Vergleich der Bundesländer weiter hinterher, wie uns die vor wenigen Tagen veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamts gezeigt haben. Der Freistaat liegt mit einer Betreuungsquote von nur 23 % im Bundesländer-Ranking lediglich auf einem enttäuschenden 12. Platz in der Statistik über die Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Die bundesweit niedrigsten Betreuungsquoten weisen zum Stichtag 1. März 2012 die kreisfreie Stadt Amberg und der Landkreis Berchtesgadener Land auf. Unter den bundesweiten Top Ten der auf den hinteren Plätzen bei der Kinderbetreuung liegenden Kommunen liegen auch die bayerischen Städte Straubing und Kaufbeuren. Das ist das Ergebnis einer gesellschaftspolitisch rückwärtsgerichteten Politik; denn Sie haben jahrelang verhindert, dass wir die Infrastruktur der Kinderbetreuung in Bayern ausbauen.

(Beifall bei der SPD)

Eltern müssen sich darauf verlassen können, einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen. Wir brauchen eine Verbesserung der Infrastruktur der Kinderbetreuung und kein Betreuungsgeld als Prämie zur Fernhaltung von Bildungschancen.

(Beifall bei der SPD)

Statt teure Prämien für die Nichtinanspruchnahme von öffentlichen Infrastrukturleistungen mit Fehlanreizen auszuloben, müssen wir der Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen unbedingte Priorität einräumen und die Mittel hierfür gezielt einsetzen. Übrigens können wir Sozialdemokraten das besonders gut.

(Lachen bei der CSU)

Das hat uns sogar Frau Ministerin Haderthauer bestätigt. Ich wollte von Frau Ministerin Haderthauer wissen, wie es um die Quote der Betreuung von Ein- bis Dreijährigen in Bayern steht, und siehe da: Entgegen Ihren Ausführungen, Herr Ministerpräsident, liegt München mit 54 % unter den bayerischen Städten nach Frau Haderthauers Zahlen auf einem sehr guten dritten Rang hinter den sozialdemokratisch regierten Städten Coburg – Oberbürgermeister Norbert Kastner – und Passau – Oberbürgermeister Jürgen Dupper. Gold, Silber und Bronze unter den 25 kreisfreien Städten gehen an die SPD.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Harald Güller (SPD): Lügen haben kurze Beine, Herr Ministerpräsident!)

Allein die bayerische Landeshauptstadt stellt mit 14.729 Kinderkrippenplätzen knapp die Hälfte – 52 % – aller bayerischen Kinderkrippenplätze zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Das ist spitze.

(Zuruf des Abgeordneten Georg Schmid (CSU))

Herr Schmid fragt mich, wie es denn bei den Landkreisen aussieht. Er weiß, dass die SPD nur zehn Landräte in Bayern stellt. Man könnte vermuten, dass die Sozialdemokratie im Ranking keine große Rolle spielt. Doch nach Frau Haderthauers Zahlen schneiden die Sozialdemokraten im gesamt-bayerischen Vergleich besonders gut ab. Die SPD führt auch hier mit dem Landkreis Coburg – 65 % – mit Landrat Michael Busch vor dem Landkreis München mit Landrätin Johanna Rumschöttel und dem Landkreis Erlangen-Höchstadt – 55 % – mit Landrat Eberhard Irlinger. Auch hier: Gold, Silber und Bronze für die SPD.

(Beifall bei der SPD)

Vom Ministerpräsidenten gab es heute kein Wort zum Arbeitsmarkt, zur prekären Beschäftigung und dazu, dass die Schere zwischen Arm und Reich auch in Bayern weiter auseinandergegangen ist. Richtig ist: Wir haben in Bayern im Vergleich zu anderen Bundesländern eine niedrige Arbeitslosenquote – den Konjunkturpaketen von Steinbrück und Steinmeier und dem Kurzarbeitergeld von Olaf Scholz sei Dank. Deshalb sind wir so gut durch die Krise gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen aber auch: Von einer Renaissance der sozialen Marktwirtschaft, die der Ministerpräsident mit dieser Bayerischen Staatsregierung herbeigeführt haben will, kann doch keine Rede sein. Im europäischen Maßstab fallen Haftung und Risiko immer noch auseinander. Die FDP weigert sich immer noch, die Finanztransaktionssteuer einzuführen. Mit der Hypo Real Estate haben wir im eigenen Land ein gutes Beispiel für eine Bank, die mit 100 Milliarden Euro gerettet werden musste.

(Dr. Otto Bertermann (FDP): Und die WestLB?)

Herr Kollege, wir haben im Freistaat Bayern einen Arbeitsmarkt der zwei Geschwindigkeiten. Auf der einen Seite suchen die Unternehmen händeringend nach

qualifiziertem Fachpersonal, auf der anderen Seite wird der Niedriglohnsektor permanent ausgeweitet. Die Kluft zwischen hohem Einkommen und Niedriglöhnen wird immer größer. Sozial ist nicht das – so haben Sie es wieder formuliert –, was Arbeit schafft. Es geht um faire Löhne und gute Arbeit, damit die Menschen von ihrer eigenen Hände Arbeit leben können und nicht am Ende des Monats zum Amt gehen müssen, um sich Stütze abzuholen.

(Beifall bei der SPD)

Jeder dritte Arbeitsplatz in Bayern, der neu entstanden ist, ist in Ihrer Regierungszeit, Herr Ministerpräsident, in der Leih- und Zeitarbeit entstanden. Mittlerweile haben wir mehr als 200.000 Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer. Das sind mehr als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Die SPD wird sich deshalb im Bund mit Blick auf die Leiharbeit für die Durchsetzung des Prinzips "Equal Pay – Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

In Regierungsverantwortung in Bayern werden wir ein Tariftreue- und Vergabegesetz mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro auf den Weg bringen, wie es in den meisten Bundesländern bereits existiert. Wir sagen: Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge darf es keine Förderung von Dumpinglöhnen geben, die durch Sozialleistungen aufgestockt werden müssen. Die öffentliche Hand muss neben dem eigentlichen Vergabeauftrag eine zusätzliche Lohnsubvention hinterherschließen.

Sie haben heute kein Wort dazu gesagt, wie Sie in Bayern für mehr Bildungsfortschritt und Gerechtigkeit sorgen wollen. In Bayern hat ein Kind aus einer Arbeiterfamilie eine immer noch siebenfach geringere Chance, das Abitur zu machen, als ein Kind aus einer Akademikerfamilie. Im Umland der Verdichtungsräume geht laut aktuellem Bildungsbericht des Kultusministers fasst die Hälfte der Grundschul Kinder aufs Gymnasium. In den ländlichen Teilräumen mit besonderem Entwicklungsbedarf ist es nicht einmal jedes dritte Kind. Die mangelhafte Infrastrukturplanung der Staatsregierung trägt dazu bei, dass in Bayern ganze Regionen abgehängt werden. Bildungschancen dürfen eben nicht vom Geldbeutel, von der Herkunft oder vom Wohnort der Eltern abhängen.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Wo sind diese Regionen?)

Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband hat prognostiziert, dass bis zum Jahr 2030 mehr als die Hälfte der noch bestehenden Haupt- und Mittelschuls-

tandorte wegbrechen werden – von wegen kurze Beine, kurze Wege. Für viele Schülerinnen und Schüler in Bayern ist eine Anfahrt von 60 bis 70 Minuten und eine Abfahrt von 60 bis 70 Minuten Alltag. Die SPD wird das Schulsterben zu bremsen wissen, indem wir – hören Sie zu – die Schüler wie in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg unter einem Dach unterrichten.

(Beifall bei der SPD)

Die Gemeinschaftsschule, in der alle Schulabschlüsse angeboten werden, das längere gemeinsame Lernen, die Erhaltung von Schulstandorten, mehr Chancen für die Kinder sowie moderne Konzepte und Ganztags-schulangebote werden wir dort einführen und ermöglichen, wo Kommune und Schulfamilie dies beantragen. Wir werden mehr Eigenverantwortung in die Schule verlagern und nicht alles durch die Schablone des Münchner Kultusministeriums pressen. Wir werden den Druck aus den Familien nehmen und auch in Bayern ein Gymnasium der zwei Geschwindigkeiten einführen. Die Familien können wählen, ob das Abitur in acht oder neun Jahren absolviert werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden endlich für eine vernünftige Ganztagsunterrichtsversorgung eintreten. Dort ist Bayern im Bundesländervergleich Schlusslicht. Nur knapp fünf Prozent der Schülerinnen und Schüler in Bayern kommen in den Genuss von Ganztags-schulunterricht.

Meine Damen und Herren, am Ende der Legislaturperiode ist unverkennbar – das ist auch heute deutlich geworden –, dass die CSU auf die Vergesslichkeit der Wähler setzt. Mit einem Haushalt des "Schwamm drüber" holen Sie jetzt nach, was Sie jahrelang versäumt haben. Jetzt werden Trostpflasterchen geklebt und weiße Salbe verabreicht: Dort ein paar Millionchen, hier eine kleine Überweisung, da ein Geschenkchen zur rechten Zeit. Schwarz-Gelb will sich mit Scheckbuch-Politik reinsten Wassers in die nächste Legislaturperiode retten. Nun rächt es sich, dass diese Regierung viele Jahre nicht mit politischem Gestalten beschäftigt war, wie Dr. Weiß es beschrieben hat, sondern mit sich selbst: Politisches Heckmeck, Zank und Streit, Neid und Eifersucht.

(Zuruf der Abgeordneten Ingrid Heckner (CSU))

Erst vor wenigen Wochen haben die Schwarzen und die Gelben gedroht, dass die Gemeinsamkeiten aufgebraucht seien und das Vertrauen verspielt sei. Man brauche dringend Neuwahlen. Meine Damen und Herren, die Luft ist raus. Der Regierung Seehofer geht es nicht ums Gestalten. Dieser Regierung geht es nur ums Machthaben. Deshalb waren die Einlassungen

des Ministerpräsidenten heute nichts anderes als rednerisches Blendwerk und politische Gaukelkunst.

(Harald Güller (SPD): So ist es! - Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einem hat der Ministerpräsident recht:

(Georg Schmid (CSU): Na immerhin!)

Die Menschen in Bayern lieben ihr Land. Sie lieben ihr Land mehr, als man es anderswo tut. Deshalb wünschen sich die Menschen in Bayern einen Ministerpräsidenten mit festem Standpunkt und klaren Prinzipien.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen in Bayern lieben ihr Land mehr, als man es anderswo tut. Deshalb wünschen sie sich eine Regierung, die sich beim Wort nehmen lässt. Sie wünschen sich eine Regierung, die Herausforderungen erkennt, benennt und anpackt. Deshalb hat Bayern eine bessere Regierung verdient, eine, die für ihre Ziele einsteht und die Menschen mit auf den Weg nimmt.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Ihre Rede ist Lichtjahre von der Realität entfernt!)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich erteile Herrn Kollegen Schmid für die CSU-Fraktion das Wort.

Georg Schmid (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rinderspacher, die Alpen haben weder wir noch Sie aufgeschüttet. Eines kann ich Ihnen sagen: Bayern hat sich in den letzten 50 Jahren am besten von allen Ländern in dieser Republik entwickelt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber nicht in den letzten vier Jahren!)

Bayern hat sich in den letzten 50 Jahren von einem Agrarland zu einem Hightech-Land entwickelt. Dazu haben die fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mutigen Unternehmer, aber auch eine kluge, vernünftige, wegweisende und zukunftsorientierte Politik in der Verantwortung der Christlich-Sozialen Union und in den letzten vier Jahren zusammen mit der FDP beigetragen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist sicher.